

Analyse zur radikalen Kantonbank-Initiative im Baselbiet

# Eine Bank soll zum Sparstrumpf schrumpfen

Die Basellandschaftliche Kantonbank (BLKB) soll wieder zur kleinen Regiobank werden, die vor allem Kredite und Hypotheken vergibt, am besten vorwiegend an hier ansässige Privathaushalte und KMU. Das fordert die neuste Initiative aus der Küche vorwiegend konservativer Politiker unter Führung des Baselbieter SVP-Präsidenten Peter Riebli. Man hätte also gerne wieder eine Hausbank, wie man sie sich so noch irgendwo in der Mitte des 20. Jahrhunderts vorgestellt hatte; eine Art in Beton gegossener Sparstrumpf für Biezer, währschaftliche Handwerksbetriebe und ihre Treuhänder.

Ein bisschen mutet dies an wie eine kleine, verschuppte 17. Initiative aus dem frischen Initiativ-Paket der Baselbieter Wirtschaftskammer. Es passt auf eine fast schon sarkastische – nein: sardonische – Art und Weise in den Reigen aus Staatsverschlinkern und Wirtschaftsvorstellungen, die sich diskursiv und zunehmend politisch an Boom-Zeiten des vergangenen Jahrhunderts zu orientieren versuchen. Nur hätten die Wirtschaftsvertreter so was in ihrem Paket nicht durchgelassen: An der eigenen Bank derart rumzuschrauben, da hört der Spass dann schnell mal auf.

Daher Auftritt Riebli und Konsorten. Um das Vertrauen, das «gelitten» habe, wiederherzustellen, soll die BLKB nun politisch an eine möglichst kurze Leine gebunden werden, dem CEO würde das Gehalt gekürzt und die Geschäftstätigkeit massiv zurückgefahren. Mitgemeint mit dem «gelitte-



Damals war die Basellandschaftliche Kantonbank noch richtig klein: Baselbieter Banknoten aus den 1870er-Jahren. Archivbild: Kenneth Nars

## Es ist eine richtige Lust gewachsen, Austerität einzufordern – vor allem bei den anderen.

nen Vertrauen» ist immer auch die BLKB-Tochter Radicant, die forscht im Digitalbanking unterwegs ist und versucht, auf Nachhaltigkeitsanliegen einzucashen. Radicant ist in Zürich angesiedelt und einigen Baselbieter Politikern schon länger ein Dorn im Auge: Zu risikobehaftet, zu fokussiert auf Umwelt- und Nachhaltigkeitsanliegen, zu fern der Haupttätigkeit der BLKB, heisst es. Das kann ja, so der Tenor, nicht gut kommen.

Dass man die Bank jetzt dafür politisch auf die Knie zwingen und, in der Folge, faktisch

erniedrigen soll, ist falsch. Es passt aber gut in die Zeit. Vielerorts ist eine richtige Lust gewachsen, Austerität einzufordern: Verzicht, Genügsamkeit, Sparsamkeit. Dass jemand den Gürtel enger schnalle, auf dass endlich vom hohen Ross gestiegen werde und man sich, «nundefaane», endlich einmal mässige! Der Finger zeigt dabei meist auf andere.

Ja, die BLKB muss aufräumen, die Entwicklung von Radicant muss genau beobachtet werden, Kontrollfunktionen sind allenfalls zu schärfen. Aber der Bank dermassen ins operative

Geschäft zu grätschen, gehört sich insbesondere für wirtschaftsfreundliche politische Kreise nicht. Auch nicht, wenn man die Begriffe Sustainability, also Nachhaltigkeit, oder Umweltanliegen nicht mehr hören mag, weil es einigen zu links oder zu grün oder zu neumodisch müffelt.

Dennoch: Versuche, aktuell unliebsame Institutionen mit Inbrunst zurechtzustutzen, sind schwer im Trend. Nimmt man die Rede von Bundesrätin und Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP) am «Tag der Wirtschaft» vom Donners-

tagabend zum Massstab, sind sie sogar noch schwerer im Kommen. Das Sparpaket des Bundes wird gerade erst geschnürt, während Keller-Sutter die Bevölkerung bereits auf harte Zeiten ein schwört, welche entsprechend Massnahmen erfordern werden.

Das Anliegen ist berechtigt; schliesslich geht es bei ihm um die Bundesfinanzen in einem geopolitisch volatilen Umfeld. Es ist jedoch kein Freipass, im Windschatten dessen unliebsame Institutionen abzustrafen. Bei aller Kritik hat die BLKB keine Verfehlungen zu verzeichnen, die ein derart radikales Vorgehen erforderlich machen würden; weder operativ noch strategisch. Es ist schlicht nicht angezeigt.

Das wissen die Initianten natürlich. Im Parlament hätte ein entsprechender Vorstoss keine Chance. Daher die Initiative als Mittel: Volkes Zorn soll sprechen, auch Volkes Ungeduld, nicht aber Volkes gewählte Vertreter.

Am Beispiel BLKB sind sich Letztere jetzt schon weitgehend einig. Die Hausbank innovativer Baselbieter Unternehmer, aber auch Privatanleger würde nach der Redimensionierung zum rotweissen Sparstrümpfli weder kompetitiv noch attraktiv sein.



Andreas Schwald  
andreas.schwald@chmedia.ch

## Naturpark sorgt für Mobilisierung

**Abstimmung** Der Entscheid über den Beitritt zum Naturpark Baselbiet mobilisierte rekordverdächtige 88 Stimmberechtigte für die Bannwiler Gemeindeversammlung. Die Gegnerschaft war klar in der Überzahl. Mit 68 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen folgten die Anwesenden der Empfehlung des Gemeinderats und lehnten den Beitritt zum Naturpark ab. Der Gemeinderat habe nach Abwägen der Pros und Kontras keine gewinnbringende Vorteile gesehen, sagt Gemeindepräsident Michael Bürgin.

Ganz anders verlief die Abstimmung in Ziefen. Mit 75 Ja- zu 11 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen wurde der Beitritt zum Naturpark, trotz einiger kritischer Voten, diskussionslos beschlossen. Gemäss der Gemeindepräsidentin Cornelia Rudin sieht man in Ziefen das Projekt vor allem als Chance. Mit ein Grund für die starke Mobilisierung in Ziefen war die lange Traktandenliste. (nsc)

## Der Zolli will mehr Geld

Geht es nach dem Zoo, steigt der Beitrag von Basel-Stadt deutlich – die Chancen stehen gut.

**Benjamin Wieland**

Der Zoo Basel erhält von seinem Standortkantonanton Geld. Der Staatsbeitrag von Basel-Stadt beläuft sich aktuell auf 1,45 Millionen Franken pro Jahr. Das sei zu wenig, findet die Bildungs- und Kulturkommission (BKK) des Grossen Rats. Sie beantragt dem Parlament, die Beiträge beträchtlich zu erhöhen: Auf künftig 2 Millionen Franken pro Jahr. Das entspricht aber nicht dem Willen der Exekutive.

Die Basler Regierung ist gegen eine Aufstockung des kantonalen «Zolli-Batzens». Sie will die Beiträge auf der bisherigen Höhe belassen: bei 1,45 Millionen pro Jahr. Denn die finanzielle Situation des Zoos sei gut. Zudem erhalte er vom Kanton noch anderweitig Unterstützung. So dürfe er sein Land mitten in der Stadt zu einem symbolischen Baurechtszins nutzen.

Für die Mehrheit der BKK-Mitglieder genügt das alles

nicht. Das geht aus dem Ratsschlag der Kommission zu den Staatsbeiträgen für den Zoo für die kommenden vier Jahre hervor. Man habe sogar den Eindruck, dass die im Jahr 1874 eröffnete Institution «stiefmütterlich behandelt» werde, gerade im Vergleich zu «klassischen Kulturbetrieben».

Das erstaunt laut BKK «umso mehr, als dass der Zoo der grösste Besuchermagnet des Kantons ist». Er sei für rund 49 Prozent aller Kulturbesuche verantwortlich.

### Zoo will Eintrittspreise lieber nicht erhöhen

Der Zoo hat selbst fristgerecht um die Erneuerung der Staatsbeiträge ersucht. Sie werden jeweils auf vier Jahre hinaus geleistet. Die neue Periode beginnt 2025 und endet 2028. Der Zoo beantragte auch die Erhöhung der Beiträge um 550'000 auf neu 2 Millionen Franken im Jahr. Seine Begründung: Die In-

flation und der generelle Kostenanstieg machten ihm zu schaffen. Zudem sei der Staatsbeitrag des Kantons Basel-Stadt seit fünfzehn Jahren nicht mehr angehoben worden. Vertreter des Zoos betonten in Gesprächen mit Mitgliedern der BKK zudem seine vielfältigen Angebote zu Gunsten der Öffentlichkeit.

Nun könnte der Zoo auch einfach die Eintrittspreise erhöhen. Doch darauf verzichte er bewusst, schreibt die BKK, «da ein Zoobesuch auch weiterhin für breite Bevölkerungskreise erschwinglich bleiben sollte.»

Der Zoo listete für die Kommissionsmitglieder all die Aufgaben auf, die er für den Kanton erledige. Etwa den Betrieb des Kinderzoos, den Lehrauftrag der Tiergartenbiologie, den Beitrag zur Biodiversität, aber auch die fünf Gärten, die das Areal pflegen. Allein für das Jahr 2023 seien diese Leistungen mit mindestens 2,4 Millionen Franken

zu beziffern. Für die Zusammenarbeit mit dem Zoo ist seitens Kanton das Präsidialdepartement zuständig. Dessen Vertreter wiesen bei einer Anhörung der BKK auf den erwähnten Baurechtszins für das Land hin. Es handle sich um eine weitere beträchtliche Zuwendung neben dem eigentlichen Staatsbeitrag.

### Der Baurechtszins ist nicht der Rede wert

Der Zoo könne die Flächen, die er bewirtschafte, zu einem Baurechtszins von 125 Franken pro Jahr nutzen. Nach einer konservativen Rechnung habe die Zurverfügungstellung all dieser Grünflächen einen Wert von 790'000 Franken. In der BKK kam es bei der Behandlung des Geschäfts zu einem Gegenantrag. Er sah lediglich eine leichte Erhöhung des Staatsbeitrags vor, auf insgesamt 7,4 Millionen Franken oder 1,85 Millionen pro Jahr. Doch dieser Antrag unterlag deutlich.

## Nachrichten

### Tempo 30 auch am Wochenende

**Basel** Auf der Grenzacherstrasse gilt neu auch am Wochenende zwischen 8 und 21 Uhr Tempo 30. Das teilte gestern das Bau- und Verkehrsdepartement mit. Ziel sei, die Sicherheit für Velofahrende und Zufussgehende zu erhöhen. Ausserdem soll die Umfahrungsmöglichkeit der Solitude-Promenade verbessert werden. (bz)

### Kaserne-Restaurant rückt näher

**Ausbau** Seit Jahren stehen die Räumlichkeiten für das geplante Restaurant im Kasernen-Hauptbau leer. Das Problem: Kein Beizer wollte den teuren Ausbau übernehmen. Deshalb will der Kanton selber nun 3,4 Millionen Franken in die Hand nehmen, damit die Grenzwert GmbH starten kann. Das Parlament berät in der Dezember-Sitzung über die Gelder. Die vorbereitende Bau- und Raumplanungskommission stimmte der Vorlage nach intensiver Diskussion grossenteils zu. (bz)